

## **Antrag**

**der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Edgar Naujok, Dr. Malte Kaufmann, Marc Bernhard, Dr. Michael Kaufmann, Tobias Matthias Peterka, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien stärken – Entwicklungsleistungen für Solar- und Windenergie streichen und ökonomisches Potential in der Energiepolitik nutzen**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
  1. Wirtschaft und Bevölkerung der Republik Indien wachsen beständig. Es ist davon auszugehen, dass Indien sich bis zum Jahr 2050 zum bevölkerungsreichsten Land und zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt entwickeln wird. Bereits heute ist die Republik Indien als sechstgrößte Volkswirtschaft und Nuklearmacht mit demokratischer und stabiler Regierungsführung in vollem Umfange fähig, ihre entwicklungspolitischen Zielsetzungen selbstständig und eigenverantwortlich zu erreichen.
  2. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indien, die in der Hauptsache aus der Bereitstellung zinsvergünstigter Darlehen besteht, nicht weiter politisch zu rechtfertigen.
  3. Die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Indien liegt im nationalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Während sich begrüßenswerte Fortschritte der Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnik, speziell der Künstlichen Intelligenz und Robotik, abzeichnen, bleibt die Zusammenarbeit in anderen Feldern, insbesondere der Energiewirtschaft, weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Aufgrund des hohen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums steigt die indische Nachfrage nach Energie enorm, weswegen sich hier ein großes ökonomisches Potential für deutsch-indische Kooperationen eröffnet. Die aktuelle Fokussierung der deutschen Entwicklungspolitik auf Solar- und Windenergie wirkt sich hingegen nachteilig auf das deutsch-indische Kooperationspotential im Energiesektor aus.
  4. Die Republik Indien genießt als vermeintliches „Entwicklungsland“ Handelsbegünstigungen der Welthandelsorganisation (WTO) und Einfuhrvorteile im Rahmen des Zollpräferenzsystems der Europäischen Union. Die handelspolitische Begünstigung der Republik Indien steht in keinem angemessenen Verhältnis zu ihrem wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsstand.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die Republik Indien nicht weiterhin als Entwicklungsland zu behandeln und dementsprechend keine Entwicklungsleistungen insbesondere im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit (TZ) an die Republik Indien zu verausgaben;
  2. zinsvergünstigte Darlehen im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) der Republik Indien nicht mehr zu gewähren, sondern der Republik Indien lediglich Finanzierungen zu Marktkonditionen anzubieten;
  3. Zusagen über die Entwicklungszusammenarbeit gegenüber der Republik Indien zurückzunehmen, soweit dem keine eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen entgegenstehen;
  4. die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Indien zu intensivieren und im Bereich der Energiegewinnung aus vielfältigen Quellen, insbesondere der Kohle- und Kernenergie, sowie im Automobilsektor mit der Republik Indien zu kooperieren;
  5. im Rahmen der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass der Republik Indien die durch die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 gewährten Zollpräferenzen entzogen werden;
  6. im Rahmen der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Development Assistance Committee (DAC) darauf hinzuwirken, dass der Republik Indien der Status eines Entwicklungslandes bei der nächsten DAC-Evaluierung aberkannt wird;
  7. im Rahmen der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Welthandelsorganisation (WTO) und ihrer Partnerschaft mit der Republik Indien darauf hinzuwirken, dass sich die Republik Indien gegenüber der Welthandelsorganisation nicht weiterhin als Entwicklungsland einstuft oder dass diese Einstufung im Rahmen der WTO rechtswirksam angezweifelt werden kann.

Berlin, den 20. September 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**